

Editorial zum Schwerpunktthema: Governance im Bildungswesen

Editorial to the Focus Topic: Governance in the Educational System

Das Schulsystem befindet sich gegenwärtig in einer Entwicklungsdynamik, die in einigen Jahren aus der historischen Distanz betrachtet als „die große Reformphase“ gelten könnte. Damit könnte sie – wenngleich unter ganz anderen Vorzeichen – diesen Titel der „großen Bildungsreform“ Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre streitig machen. Und auch jetzt ist schon absehbar, dass die retrospektive Bewertung dieser zweiten „großen Reform“, die von den Diskussionen um den so genannten PISA-Schock ihren Ausgang nahm, ähnlich ambivalent ausfallen wird wie ehemals die bildungspolitischen Antworten auf die seinerzeit vom pädagogischen Diskurs prognostizierte, aber ausgebliebene „Bildungskatastrophe“ (Picht). Auch für die Charakterisierung dieser zweiten Reformphase wird dann ein Spannungsverhältnis „zwischen Euphorie und Stagnation“ (Tillmann) kennzeichnend sein. Allerdings ist in diesem Falle eher von einer evaluationsbasierten Steuerungseuphorie einiger weniger Steuerleute (Lernstandserhebungen, zentrale Prüfungen, Schulinspektion) auszugehen und weniger von einer Aufbruchstimmung eines Großteils der Pädagog/inn/en vor Ort. Diese zeigen inzwischen eher Ermüdungserscheinungen und wissen von vielfältigen, mit den Innovationen verbundenen Überlastungsphänomenen zu berichten.

Der vorliegende Schwerpunkt widmet sich den unterschiedlichen Versuchen, die aktuellen Reformbewegungen von einem analytischen Blickwinkel aus zu erfassen – insbesondere aus der Governance-Perspektive. Diese Forschungsrichtung reüssierte in letzter Zeit zu einer immer wieder diskutierten Betrachtungsweise der Steuerung des Bildungswesens. Sie stellt Kategorien und Begrifflichkeiten zur Verfügung, die es erleichtern könnten, eben jene Vorgänge der letzten Jahre analytisch aufzuarbeiten. Auffällig in allen Beiträgen des Schwerpunktes ist dabei ihre – wenngleich sehr unterschiedliche – Bezugnahme auf eben jene erste große Reformphase der 1960er-/1970er-Jahre.

Horst Weishaupt betont Recht und Finanzierung als Konstanten der Schulreform, markiert diese Felder aber vor dem Hintergrund der zunehmenden Verrechtlichung des Schulwesens und der notwendigen Veränderungen der Mittelverwendung angesichts rückläufiger Schülerzahlen zugleich als neu zu denkende Steuerungsbereiche. Im Anschluss an diese Reflexionen zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten zweier zen-

traler Steuerungsfelder gibt *Uwe Schimank* aus bildungssoziologischer Sicht einen Überblick über die Governance-Perspektive, indem er diese in der Kontinuität der politischen „Planung“ der 1960er-Jahre und der Versuche der politischen „Steuerung“ in den 1980er-Jahren verortet. *Herbert Altrichter* konkretisiert diese Governance-Perspektive aus schulpädagogischer Sicht, indem er einige zentrale Merkmale sozialwissenschaftlicher „Steuerungsvorstellungen“ diskutiert, diese dann von den spezifischen Sichtweisen des Governance-Ansatzes abgrenzt, um schließlich Konsequenzen für Schulreformen zu diskutieren. Eben jene Frage nach den Konsequenzen für die Schulreform steht auch im Mittelpunkt des Beitrags von *Hans-Günter Rolff*, der hinsichtlich der Forschung zur Educational Governance im Schulbereich allerdings kritisch anmerkt, dass sie sich zu stark auf Fragen der Steuerung konzentrierte und sich zu wenig der Vorstellung von Gestaltung widme. Während sich *Hans-Günter Rolff* bei dieser wieder stärker von der Einzelschulebene ausgehenden Perspektive insbesondere auf die Rolle der Schulleitung konzentriert, untersucht *Albrecht Wacker* am Beispiel einer Lehrerbefragung in Baden-Württemberg die zunehmende Bedeutung der Fachkonferenz als eines Steuerungsakteurs auf der schulischen Ebene innerhalb der neuen Steuerungskonzepte. Ebenso wie *Herbert Altrichter* fordert er, neue Steuerungsakteure und/oder die neue Rolle von alten Steuerungsakteuren verstärkt in den Blick zu nehmen. Aus der Analyse dieser neuen Akteurkonstellationen soll die Governance von Schule verstehbar werden.

Unter der Rubrik „Zur Diskussion“ akzentuiert *Ulrich Steffens* in einem Essay zur proportionalen Bildungsplanung eben jenen Gedanken der Akteurkonstellation auf unterschiedlichen Ebenen und kommt u.a. zu dem Schluss, dass die „institutionellen Akteure“ (Fend) „in gewisser Weise Gefangene ihres selbst erzeugten Labyrinths der Schulgestaltung“ geworden seien. Für eine wirksame Reform des Schulwesens seien daher in gleicher Weise die Struktur wie auch die Kultur eben jenes Schulwesens zu berücksichtigen. Es gelte sowohl die hemmenden und ermöglichenden Dimensionen der Strukturen in den Blick zu nehmen als auch die Kulturen der mikropolitischen Handlungskoordination, die sich die unterschiedlichen Akteure im Schulsystem über Jahre hinweg angeeignet und zum Teil schon habitualisiert haben.

Wenn die Governance-Perspektive Kategorien und Begrifflichkeiten zur Verfügung stellt, die es erleichtern könnten, die Vorgänge der letzten Jahre analytisch aufzuarbeiten, so gerät mit dieser distanziert-deskriptiven Haltung womöglich eben jenes Moment aus dem Blick, das Reform praktisch werden lässt. *Ulrich Steffens* fordert daher eine proportionale Bildungsplanung, und *Hans-Günter Rolff* fragt in seinem Beitrag kritisch nach, inwiefern im Rahmen von Steuerungs- und Governance-Debatten nicht die Gestaltungsebene vernachlässigt werde, und fokussiert hierbei insbesondere das Schulleitungshandeln. Die damit aufgeworfene wichtige Frage, was es heute bedeutet, eine „Schule zu leiten“, wird das Schwerpunktthema des nächsten Heftes sein.

Martin Heinrich